



DIE WELT, 20.12.2019, Nr. 297, S. 10

Rubrik: Wirtschaft

So schaut die Welt auf die **Energiewende**

Taugt die deutsche Ökostrom-Revolution als Blaupause? Laut einer Umfrage wächst die Zustimmung mit der geografischen Entfernung

Daniel Wetzel

Im Kinderbuch "Jim Knopf und Lukas der Lokomotivführer" gibt es einen Herrn Tur Tur, der nur aus der Ferne betrachtet groß und Ehrfurcht einflößend aussieht. Kommt man ihm näher, schrumpft das Aussehen des Scheinriesen rasch auf menschliches Normalmaß. Es ist dieselbe optische Anomalie, unter der auch die deutsche **Energiewende** leidet.

So jedenfalls hat es der Weltenergierrat ermittelt. In einer globalen Expertenumfrage wollte die deutsche Sektion des World Energy Council (WEC) wissen, ob die deutsche **Energiewende** einschließlich des Atomausstiegs anderen Ländern als "Blaupause" dient. Dabei wurden 120 Experten des WEC in 60 Ländern befragt, darunter Wissenschaftler, Ministerialbeamte und Wirtschaftsvertreter. Von den Befragten außerhalb Europas sehen immerhin 43 Prozent in der deutschen **Energiewende** einen gangbaren Weg beziehungsweise eine Blaupause.

Unsere unmittelbaren und naturgemäß besser informierten Nachbarn sehen allerdings wenig Nachahmenswertes im deutschen Unterfangen, Atom- und Kohlestrom vollständig durch **erneuerbare Energien** zu ersetzen: Lediglich elf Prozent der befragten Experten aus der Europäischen Union halten Deutschland für ein **energiepolitisches** Vorbild, 50 Prozent hingegen ausdrücklich nicht. Kurz- und mittelfristig schwächt die **Energiewende** die deutsche Wirtschaft, das sehen 67 Prozent der befragten EU-Experten so. Nur 28 Prozent glauben, dass die Ökostromrevolution die Wirtschaft mittelfristig stärkt. Außerhalb Europas ist die Einschätzung positiver: Da glauben immerhin 57 Prozent der Befragten an eine Stärkung der deutschen Wirtschaft durch die **Energiewende**, nur 30 Prozent erwarten eine Schwächung.

Auf lange Sicht dreht auch die skeptische Einschätzung innerhalb Europas ins Positive: Bis 2050 werde sich die **Energiewende** zu einem wirtschaftlichen Vorteil entwickeln, glauben 56 Prozent der EU-Experten. Ein Drittel der befragten Europäer geht jedoch auch langfristig von einer Schwächung der deutschen Wirtschaft durch die **Energiewende** aus. Außerhalb Europas sehen 84 Prozent die **Energiewendepolitik** als einen langfristigen Wirtschaftsvorteil.

Die mittelfristigen Ziele hält jedoch eine breite Mehrheit für überambitioniert: 86 Prozent sagen voraus, dass Deutschland seine Klimaziele 2030 nicht erfüllen kann. "Zehn Jahre sind eine zu kurze Zeit, um das zu erreichen", heißt es in den Kommentaren der Umfrage. Nur 14 Prozent der Befragten erwarten entsprechend, dass Deutschland seine CO₂-Sparziele bis 2030 erreicht. Und selbst die 2050er-Ziele halten nur 25 Prozent der Experten mit der deutschen **Energiewendepolitik** für vollständig erreichbar.

Die Frage nach der Vorbildfunktion hat für die hiesige **Energiepolitik** einige Bedeutung. Denn der Umbau der **Energieversorgung** hat maßgeblich dazu beigetragen, dass deutsche Verbraucher die höchsten Strompreise in Europa zahlen. Vor dem Hintergrund, dass Deutschland zugleich kaum drei Prozent Anteil an den weltweiten CO₂-Emissionen hat, wird von Kritikern der **Energiewende** häufig die Frage nach der Kosten-Nutzen-Relation gestellt. Die Befürworter der **Energiewende** argumentieren, der hohe Preis sei gerechtfertigt, wenn Deutschland Nachahmer davon überzeugen könne, dass sogar in einem Industrieland mit hohem Verbrauch eine CO₂-freie Vollversorgung möglich ist.

Allerdings erklärt fast die Hälfte der befragten Experten - genau 45 Prozent - , dass ihre Länder gar nicht die technischen, finanziellen und wirtschaftlichen Voraussetzungen erfüllen, um dem deutschen Vorbild nachzueifern. Den Kommentaren zufolge zweifeln insbesondere viele Entscheidungsträger daran, mit einer **Energiewendestrategie** politisch zu den Gewinnern gehören zu können.

Tatsächlich sind laut Umfrage außerhalb Europas im Schnitt 66 Prozent der Menschen nicht bereit, für den Klimaschutz höhere **Energiepreise** in Kauf zu nehmen. Lediglich 32 Prozent würden leichte bis maximal 20-prozentige Preissteigerungen akzeptieren. Innerhalb Europas teilt sich das Feld mittig: Die Hälfte der Bevölkerung ist überhaupt nicht bereit, für den Klimaschutz höhere **Energiepreise** hinzunehmen, die andere Hälfte würde leichte Preissteigerungen akzeptieren.

Der mehrheitlich skeptische Blick unserer Nachbarstaaten scheint nicht recht zur CO₂-Bilanz der deutschen **Energiewirtschaft** zu passen. Die nämlich ist überaus positiv. Nach jüngsten Zahlen des Bundesverbands der **Energie-** und Wasserwirtschaft (BDEW) haben die deutschen Kraftwerksbetreiber ihre CO₂-Emissionen seit 1990 um 44 Prozent verringert. Das Minderungsziel von 40 Prozent für 2020 wird von der oft offenbar zu Unrecht kritisierten Strombranche bereits ein Jahr früher übererfüllt. "Wir müssen die Erfolge beim Umbau wieder stärker betonen, eine rein negativ geführte Debatte führt uns in die

Sackgasse", sagte die Vorsitzende der BDEW-Hauptgeschäftsführung, Kerstin Andreae, bei der Präsentation der Zahlen in Berlin.

Danach ist im ablaufenden Jahr die Ökostromproduktion um neun Prozent auf 244 Milliarden Kilowattstunden gestiegen. Der Anteil erneuerbarer **Energien** am Stromverbrauch kletterte damit von 38 auf 43 Prozent. Die Kohleverstromung brach demgegenüber deutlich, um 25 Prozent, ein. Im Erzeugungsmix kommt Braunkohle jetzt noch auf einen Anteil von 19 Prozent, die Steinkohle auf neun Prozent. Der Anteil der Steinkohle hat sich damit innerhalb eines Jahrzehnts halbiert. Erdgas hat derzeit einen Anteil von 15 Prozent am Erzeugungsmix, die Atomkraft einen von zwölf Prozent. Am 31. Dezember dieses Jahres geht mit Philippsburg 2 ein weiteres großes Atomkraftwerk vom Netz.

Innerhalb eines Jahres sind die CO₂-Emissionen der deutschen **Energiewirtschaft** damit um 16 Prozent, rund 51 Millionen Tonnen, zurückgegangen. Dieser klimapolitische "Erfolg" steht jedoch nicht im Widerspruch zur skeptischen Beurteilung der deutschen **Energiewendepolitik** im benachbarten Ausland.

Denn der dramatische Einbruch der Kohleproduktion ist nicht auf die deutsche Politik zurückzuführen, sie ist vielmehr dem internationalen Marktgeschehen zu verdanken. So hat die hohe Verfügbarkeit von billigem Erdgas zum Rückgang der Kohleverstromung ebenso beigetragen wie der starke Preisanstieg für CO₂-Berechtigungen im Europäischen Emissionshandel (EU-ETS).

BDEW-Chefin Andreae begrüßte die Einigung von Bund und Ländern, die CO₂-Preise für fossile Kraft- und Brennstoffe von zehn auf 25 Euro pro Tonne im ersten Jahr zu erhöhen. Die zusätzlichen Staatseinnahmen über 5,4 Milliarden Euro müssten vollständig in die Senkung der EEG-Umlage fließen, forderte die frühere Grünen-Politikerin.

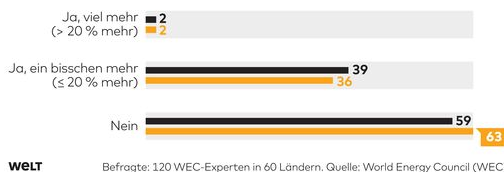
Aktuell subventionieren die Verbraucher die Produktion von Ökostrom mit der EEG-Umlage in Höhe von 6,75 Cent pro Kilowattstunde. Wenn die Bundesregierung ihre Einnahmen aus der CO₂-Bepreisung wie angekündigt zur Senkung dieser EEG-Umlage nutzt, würde diese auf rund fünf Cent fallen. Allerdings gibt es gegen die geplante Senkung der Umlage verfassungsrechtliche Bedenken.

"Mit dem schrittweisen Ausstieg aus der Kohle muss zwingend der weitere Ausbau der erneuerbaren **Energien** einhergehen", forderte Andreae. Nachdem der Ausbau der **Windenergie** in diesem Jahr extrem eingebrochen ist, hält der Verband ab jetzt einen Zubau von 3,7 Gigawatt Windkraft an Land pro Jahr erforderlich, wolle Deutschland das Ziel eines 65 prozentigen Ökostromanteils bis 2030 erreichen.

Daniel Wetzel

Gibt es in Ihrem Land eine Bereitschaft dafür, für den Klimaschutz höhere Energiepreise zu zahlen?

Antworten in Prozent, Bereitschaft in der: ■ Industrie ■ Bevölkerung



Könnte die deutsche Energiewende als Blaupause für die Welt dienen?

Antworten in Prozent ■ Ja ■ Teilweise ■ Nein



Bildunterschrift: Windräder in Niedersachsen: Die Deutschen zahlen die höchsten Strompreise in Europa

Quelle: DIE WELT, 20.12.2019, Nr. 297, S. 10

Rubrik: Wirtschaft

Dokumentnummer: 168587912

Dauerhafte Adresse des Dokuments:

https://www.wiso-net.de/document/WELT_d3b239f38f5a7a2f1fac0fc44857c4d9ea712dfc

Alle Rechte vorbehalten: (c) WeltN24 GmbH



© GBI-Genios Deutsche Wirtschaftsdatenbank GmbH